

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands, Bonn

9.8. AUG. 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/150

Bonn, den 10. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Stunde des Schweigens</u>	32
	Berlin am 15. August 1964	
2	<u>Zypern-Krise - und kein Ende ?</u>	46
	Hintergründe der dramatischen Zuspitzung	
3 - 4	<u>Mit Blickpunkt auf die Zukunft</u>	91
	XIII. Internationale Konferenz der sozialistischen Erzieher Von Klaus Helfer	
5 - 6	<u>Chruschtschows Haltung im Konflikt USA - Vietnam</u>	84
	Vorschnelle Urteile sind nicht angebracht Von * * *	

\* \* \* \* \*

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Stunde des Schweigens

Berlin am 13. August 1964

G.M.- Zum dritten Jahrestag der Errichtung der Ulbricht-Mauer hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, die Bevölkerung unserer alten Hauptstadt aufgefordert, durch eine Stunde des Schweigens die Welt daran zu erinnern, wie schwer die Spaltung Berlins und Deutschlands auf uns allen lastet.

In Pankow wird dazu gesagt, Brandt sei ein Provokateur, er erschwere die Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen...

In der Bundesrepublik und in Westberlin fragen einige Zeitungen, ob diese Stunde des Schweigens der Weisheit letzter Schluß sei. Sie verzichten aber edelmütig darauf, ihrerseits zu sagen, welche Art von Weisheit sie denn anzubieten hätten, um jenes schrecklichen Tages zu gedenken, an dem in Berlin die Betonmauer und die Stacheldrahtzäune errichtet wurden. Ganz offensichtlich wagen die bundesrepublikanischen Kritiker Brandts nicht, ihr Rezept anzubieten; sie wissen wohl nur zu gut, daß die Reden, die vielleicht auch aus Anlaß dieses Tages gehalten werden könnten, weder die Mauer zu Fall bringen, noch irgendetwas an dem Schicksal der Berliner ändern würden.

- \* Festgehalten verdient jedoch die bemerkenswerte Tatsache, daß
- \* sich Pankow und einige springlebendige Zeitungen im westlichen
- \* Teil Deutschlands an dem gleichen Mann reiben, wenn dies auch
- \* aus unterschiedlichen Erwägungen geschieht. Wir sind sicher:
- \* In Berlin und in der ganzen freien Welt wird man dafür ein feines
- \* Ohr haben.

Willy Brandt darf der Zustimmung der Berliner Bevölkerung gewiß sein. Die Berliner werden auch an diesem 13. August Kränze an jenen Stellen der Mauer niederlegen, an denen Deutsche von Deutschen erschossen wurden, weil sie in freien Teil Deutschlands leben wollten. Die Berliner werden schweigend dieser Opfer gedenken, und sie werden in einer Stunde der ruhigen Besinnung neue Kräfte sammeln.

Die Welt wird wieder auf Berlin blicken; diesmal aber nicht, weil Reden gehalten werden, sondern weil die Berliner diesseits und jenseits der Mauer in einer Stunde des Schweigens uns alle daran erinnern, wie unsagbar schwer und grausam das Schicksal der geteilten Stadt ist.

Zypern-Krise - und kein Ende ?

Hintergründe der dramatischen Zuspitzung

sg - Zypern ist - wie nicht anders zu erwarten war - jetzt neben dem Kongo und dem bewaffneten Konflikt in Südostasien zu einem offenen Brandherd geworden. Hier jedoch wird die Situation dadurch kompliziert, daß sich zwei Bündnispartner der NATO, Griechenland und die Türkei, einander gegenüberstehen, wodurch im kommunistischen Machtbereich der Eindruck verstärkt werden muß, daß es mit der westlichen Partnerschaft nicht weit her sein kann.

Wenn es richtig ist, was gelegentlich behauptet wird, daß Erzbischof Makarios seit Monaten die Absicht verfolge, die NATO-Partner Athen und Ankara in der Hoffnung gegeneinander auszuspielen, Moskau werde ihm unmittelbare Hilfestellung geben, dann muß man sich fragen, warum die übrigen NATO-Mitglieder - die ja gleichzeitig auch Mitglieder der UNO sind - bisher so verhältnismässig wenig getan haben, um der UNO-Truppe auf Zypern mehr Vollmachten zu verschaffen. Die NATO selbst kann und will nicht eingreifen, weil Zypern nicht Mitglied der NATO ist. Die Staaten des Warschauer Paktes würden im Falle des Eingreifens der NATO sofort die zahlreichen Hilfersuchen von Makarios als willkommenen Anlaß für ein Einmischen ihrerseits nehmen. Theoretisch bliebe also nur noch die UNO als Schiedsrichter zur Beilegung des Zypern-Konfliktes übrig. Das Tragische hierbei ist jedoch, daß man sich auch in der UNO nicht darüber einig ist, wie der Zypern-Konflikt beigelegt werden könnte.

Der unmögliche Zypern-Kompromiß von Zürich und London, der das Ergebnis des Zusammenspiels der konservativen britischen Regierung mit der damals auf dem Höhepunkt ihrer Macht befindlichen griechischen Regierung des jetzt geflüchteten Ministerpräsidenten Karamanlis ist, hat Zypern ein Statut aufoktriciert, das weder die dort lebenden Griechen, noch die Türken befriedigen k o n n t e .

An diese Zusammenhänge muß erinnert werden, wenn jetzt die größten Anstrengungen sichtbar sind, um den Zypern-Konflikt friedlich beizulegen. Moskau hat zunächst das militärische Hilfersuchen von Makarios abgelehnt. Daraus ist zu schliessen, daß man im Kreml eine Art Schiedsrichterverolle einzunehmen gedenkt, um sich - nicht nur im Mittelmeerraum - als "Retter des Friedens" präsentieren zu können. In Athen scheint man diese Absicht Moskaus sofort erkannt zu haben, denn der Appell des griechischen Ministerpräsidenten Papandreu an Makarios, er möge alle militärischen Aktionen einstellen, erfolgte fast zur gleichen Zeit wie eine ähnliche Mahnung Moskaus. Es fragt sich nur, ob man in Ankara bereit ist, schon seit langem vorbereitete militärische Aktionen gegen Zypern zu stoppen.

Nicht zuletzt aber wird der Ausgang der dramatischen Auseinandersetzung in Zypern davon abhängen, ob alle an der zukünftigen Ordnung im Mittelmeerraum interessierten Mächte gewillt sind, Waffenlieferungen nach Zypern, Griechenland und der Türkei zu unterbinden. Die in einem solchen Fall sicher eintretende Ruhe müßte dann aber benutzt werden, um der Mittelmeerinsel Zypern endlich eine politische Basis zu geben, die den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen entspricht.

Mit Blickpunkt auf die Zukunft

XIII. Internationale Konferenz der sozialistischen Erzieher

Von Klaus Helfer

Die Internationale Union demokratisch-sozialistischer Erzieher (IUSDE) wählte den Vorsitzenden der Deutschen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer erneut zu ihrem Präsidenten. Dieser Vertrauensbeweis der vom 26. Juli bis zum 4. August in Interlaken (Schweiz) versammelten Delegierten sozialistischer Lehrerorganisationen aus Frankreich, Österreich, Großbritannien und Belgien, aus der Schweiz und den USA ist nicht allein mit dem internationalen Gewicht der deutschen Sozialdemokratie zu erklären, sondern in erster Linie als persönlicher Erfolg des Hannoverschen Stadtschulrates Dr. Otto Harde und seines Bemühens zu werten, die Vielfalt der von unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten geprägten Standpunkte des politischen Willens zu führen.

Die sozialistische Lehrerinternationale hat sich zum Ziel gesetzt, die nationalen sozialistischen Parteien auf die überragende Bedeutung der Bildungsarbeit hinzuweisen und ihnen gleichzeitig Unterlagen und Vorschläge für die Weiterentwicklung des Bildungswesens auszuarbeiten. Ihre jährlichen Tagungswochen dienen deshalb jeweils der Bearbeitung bildungspolitischer aktueller pädagogischer Probleme. So beschäftigte sich die XIII. Internationale Konferenz der IUSDE mit Fragen der Rehabilitation des behinderten jungen Menschen, der Bildungshilfe für Entwicklungsländer und der Rationalisierung des Unterrichts durch technische Lehr- und Lernhilfen.

Chancen auch für das behinderte Kind

In einer Zeit, in der der Bildungsstand des einzelnen über sein soziales Schicksal entscheidet, darf sich sozialistische Bildungspolitik nicht darin erschöpfen, jedem Befähigten den Weg zum sozialen Aufstieg zu öffnen. So unentbehrlich die Demokratisierung des Bildungswesens für die Entfaltung der nationalen Begabungsreserven ist und so viel auf diesem Gebiete noch zu tun bleibt, so sehr sind gerade die sozialistischen Erzieher darüber hinaus verpflichtet, die besondere Verantwortung der Gesellschaft für das Schicksal auch der körperlich und seelisch-geistig behinderten Kinder und Jugendlichen wachzuhalten. Die moderne Heilpädagogik hat - wozu ein sehr anregender Vortrag des Schweizer Psychhygienikers Prof. Dr. Adolf Friedemann eine Fülle anschaulicher Beispiele lieferte - wirksame Verfahren entwickelt, um Entwicklungsstörungen der Behinderten auszugleichen. Ihre praktische Anwendung erfordert sowohl die Verstärkung der für die benötigten Sondereinrichtungen aufzuwendenden Mittel als auch eine dem Stande der Wissenschaft entsprechende heilpädagogische Ausbildung der Lehrer und Erzieher. Die Resolution der Konferenz fordert alle Verantwortlichen auf, das Recht auch des behinderten jungen Menschen auf eine faire Lebenschance zu verwirklichen.

Verpflichtung zur Bildungshilfe

Die Resolution zur Bildungshilfe geht davon aus, daß sie den Entwicklungsländern gewährte wirtschaftliche Hilfe ohne gleichzeitige Bemühungen um die menschlichen Voraussetzungen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritts wirkungslos bleiben muß. Sie greift einen Vorschlag der Sozialistischen Internationale auf,

nach dem die hochindustriellisierten Länder wenigstens ein Prozent ihres Nationaleinkommens für diese Aufgabe zur Verfügung stellen sollten und betont, daß jegliche Hilfe ohne jeden Versuch politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Bevormundung zu geben ist und allein die wirkliche Unabhängigkeit der jungen Nationen anzustreben hat. Die Aussprache zu diesem Thema ergab weiter die Notwendigkeit, für die Bildungshilfe einen Dringlichkeitskatalog zu erarbeiten, an dessen erster Stelle die Alphabetisierung stehen muß und das Verlangen nach besserer Koordination aller Maßnahmen, um die gegenwärtige Zersplitterung der eingesetzten Mittel und Kräfte zu überwinden. Die IUSDE fordert alle sozialistischen Erzieher auf, sich aktiv der Entwicklungshilfe zu stellen und insbesondere das Verständnis der Öffentlichkeit für die Probleme der Entwicklungsländer zu wecken.

#### Rationalisierung des Unterrichts

Die Verhandlungen zum dritten Arbeitsthema spiegelten deutlich die unterschiedlichen Standpunkte der gegenwärtigen internationalen pädagogischen Diskussion zur Technisierung des Unterrichts wider, die mit dem programmierten Lernen und der Anwendung anderer audio-visueller Hilfsmittel im Bildungsprozeß von vielen als der "Einbruch der industriellen Revolution in der Schule" je nach Temperament erhofft oder befürchtet wird. Die hierzu zuerst in den Vereinigten Staaten entwickelten Verfahren und Einrichtungen sind seit einiger Zeit mitsamt den ihnen zugrunde liegenden lernpsychologischen Forschungen Gegenstand bildungstheoretischer und -politischer Auseinandersetzungen auch in Europa. Dabei argumentieren insbesondere sozialistische Bildungspolitiker, daß die Anforderungen und Belastungsproben, denen unsere Schulen in personeller, materieller und pädagogischer Hinsicht entgegengehen, kein Mittel unversucht lassen dürfen, das die Aufgaben des Lehrers attraktiver, den Unterricht rationeller und die Lernübungen der Schüler wirksamer zu gestalten verspricht. Es war aber interessant, wie gerade die Delegationen der USA und Großbritannien bei aller Würdigung der nachgewiesenen Erfolge der neuen Mittel in der Diskussion ihrer Einsatzmöglichkeiten zu Vorsicht und Zurückhaltung mahnten. In der Resolution zu diesem Gegenstand betont die Konferenz, daß bei der Einführung und dem Gebrauch technischer Lehrhilfsmittel ihre dienende Funktion in der Hand des pädagogisch verantwortlichen Erziehers gewahrt bleiben müsse, daß der Gefahr einer kommerziellen Überfremdung der Schule durch ihre Produzenten entgegenzutreten sei und daß insbesondere die wissenschaftlich-pädagogische Kontrolle der Programme im Hinblick auf die angestrebten Erziehungsziele weiter auszubauen ist.

Das Ergebnis dieser Konferenz hat die Erwartungen gerechtfertigt, die die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz als Patronatsorganisation in ihrem Grußwort ausgesprochen hatte: "Die erzieherischen Bemühungen in einer Welt, die immer größere menschliche Anforderungen an den einzelnen stellt, sind ständig neu zu überdenken und neu zu formulieren. In diesem Sinne werden von der internationalen Konferenz demokratisch-sozialistischer Erzieher Impulse ausgehen, die befruchtend wirken werden".

Chruschtschows Haltung im Konflikt USA - Vietnam

Vorschnelle Urteile sind nicht angebracht

Von \* \* \*

- \* Von einem guten Kenner des Verhältnisses Moskau - Peking erhielten
- \* wir den Versuch einer Analyse der Stellungnahmen Chruschtschows zum
- \* Konflikt USA - Vietnam. Der Verfasser des Artikels steht in einer
- \* hohen amtlichen Funktion, die ihm Einblick in zahlreiche Dokumen-
- \* te gibt, die im allgemeinen nicht bekannt sind. Die Redaktion

Die bemerkenswerte Zurückhaltung, die Chruschtschow während der Vietnam-Krise zeigte, hat zu vielfachen Deutungen geführt. Kurz nachdem die Vergeltungsaktion gegen Nord-Vietnam erfolgt war und besorgte Stimmen über eine Kriegsausweitung laut wurden, zählte der sowjetische Premier auf einer Kolchose Kühnereier.

War es nur gespielte Gleichgültigkeit oder kannte Chruschtschow den Willen aller Seiten, den Bürgerkrieg nicht zu einem Weltbrand werden zu lassen? Das ist wahrscheinlich. Es enthebt aber einen Politiker seiner Potenz nicht der Verpflichtung, Stellung zu nehmen. Oder sollte eine andere, oft ausgesprochene Version wahr sein, daß er mit den Händen in den Hosentaschen eine amerikanische Vergeltungsaktion hinnahm?

Der Aussenseiter, der keinen Einblick in die Kulissen der hohen politisch-militärischen Strategie hat, sollte sich nicht dem Wunschdenken hingeben, daß der Bruderstreit mit Peking den Kreal bewegen haben könnte, nach der Devise zu handeln, "Nun schlägt euch mal schön mit dem Papiertiger".

Chruschtschows Abwesenheit von Moskau und seine Zurückhaltung dürfen nicht als politische Abstinenz gewertet werden. Es steht wohl ausser Zweifel, daß er sich nicht nur über die Entwicklung im fernen Osten informiert hat, er wird sich auch mit seinen Kollegen beraten und taktische Anweisungen gegeben haben. Die strategische Linie der Koexistenz liegt seit langen fest. Es bedürfte darüber keiner Grundsatzdiskussionen. Moskau wird ferner laufend Kontakte mit Peking und Hanoi unterhalten haben, und auch die militärischen Stäbe der Sowjetarmee werden nicht teilnahmslos zugesehen haben, wie in ihrem Interessengebiet eine gefährliche Lage heranreifte.

Die Frage kann deshalb nur lauten: In welcher Weise sind Kontakte hergestellt worden, nachdem die zerstrittenen Partner die Zusammenarbeit weitgehend unterbrochen hatten?

Ho Chi-minh ist - bedingt durch die geographische Lage seines Landes - gezwungen, ein Parteigänger Maos zu sein. Er hat in den Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Brüdern nur seinen Pflichtteil beigetragen. Er wollte und konnte nicht völlig auf die Hilfe Moskaus verzichten. Auch ihm dürfte der Streit nicht gelegen gekommen sein.

Abgesehen von den politischen Querelen, die seit Monaten zwischen den Partnern die Zeit ausfüllen, sind die Führer im Kreml keine Ignoranten. In dem Augenblick, wo wichtige strategische Fragen zur Entscheidung anstehen, verschließen sie sich nicht den Tatsachen. Ein unprovokedter, kriegerischer Angriff der USA auf Nord-Vietnam oder China, dessen sollte man sich bewußt sein, führt zur Erfüllung der sowjetischen Bündnispflichten. Wenn Chruschtschow vor einiger Zeit warnend seine Stimme gegen Peking erhoben hatte, indem er sagte: Nicht in allen Fällen werde die Sowjetunion ihre Bündnispflichten erfüllen, so war damit gemeint, daß Peking keine desperate Politik betreiben dürfe. Der Kreml will sich nicht vor ein Fait accompli gestellt sehen, er will Herr seiner Entschlüsse bleiben.

Washington gibt sich offensichtlich in dieser Beziehung keinen Illusionen hin und wird auch aus diesem Grund die Aktion gegen Nord-Vietnam begrenzt haben. Inwieweit allerdings die USA Herrn Khan davon abhalten können, keine militärischen Abenteuer einzugehen, ist eine andere Frage, deren Beantwortung noch offensteht.

Der sowjetische UNO-Delegierte war im Sicherheitsrat zunächst ohne Anweisungen geblieben. In der folgenden Sitzung wandte er sich mit gemäßigten Worten gegen die USA. Die Kritik, die aus Peking auf diese Rede folgte, war unvermeidlich, aber auch diese Kritik war mäßig. Es fehlten die üblichgewordenen Verbalinjurien. Ein Zeichen, daß Peking an einer Klimaverschlechterung mit der Sowjetunion nicht interessiert war.

Die chinesischen Militärs sind keine Narren, sie kennen das amerikanische Potential und seine Kampfkraft. Sie dürften, das kann mit ziemlicher Gewißheit angenommen werden, an einer Ausweitung des Krieges nicht interessiert gewesen sein. Ihnen wird deshalb die Zurückhaltung Chruschtschows vielleicht sogar willkommen gewesen sein, denn er konnte notfalls mit seiner Autorität als Vermittler auftreten.

Jetzt, wo sich die Wogen wieder zu glätten scheinen, kann Chruschtschow aus seiner Reserve heraustreten und deutlicher seine Meinung gegenüber den USA sagen. Er gießt kein Öl mehr ins Feuer und seine Taktik hatte bewirkt, daß die Türen zu Verhandlungen offenblieben. **N a c h t r ä g l i c h** kann er seinen zerstrittenen Partnern Genugtuung verschaffen, indem er die amerikanische Aktion verurteilt.

Die Bomben auf Nord-Vietnam können möglicherweise noch etwas bewirken, was die USA nicht vorgesehen hatten: Mao wird die Grenzen seiner Operationsmöglichkeiten deutlicher vor Augen geschehen haben, als es seinerzeit in Cuba gegenüber der Sowjetunion möglich war.

Die Erkenntnis, daß Mao ohne den "Revisionisten" Chruschtschow nicht auskommen kann, werden ihn vielleicht zu einer Korrektur seiner Kritik bewegen. Die Angriffe werden nicht völlig eingestellt werden, aber sie dürfen mit gedämpftem Trommelklang vorgetragen werden.